Der Nahe Osten

SCHALOM, EIN FLÜCHTIGER GRUSS

Welche Position hat die UdSSR im Nahen Osten eigentlich noch: In Syrien ist sie engagiert. Aber der syrische Präsident scheint sich mit Franz Josef Strauß auch ganz gut zu verstehen. Die deutsche DEMINEX ist im Ölgeschäft, und gerade haben sich Syrien und die USA auf einen Präsidenten für den Libanon geeinigt. Libyen. Den dortigen Revolutionsführer hält man für so "verrückt", daß man die Russen schon fast wieder bedauert, mit einem solchen Bündnispartner auskommen zu müssen. Allerdings wieder nicht für so verrückt, daß die BRD nicht mit ihm all die Jahre trotz amerikanischem Embargo gute Geschäfte gepflegt hat und deswegen jetzt wieder einen Botschafter hinsendet. Süd-Jemen. Einen Hafen soll es in Aden geben, den sowjetische Schiffe benützen dürfen, ansonsten ist nicht recht zu ersehen, wozu das Land mit seinen hübschen mittelalterlichen Städtchen noch gut sein soll.

Dafür gibt es eine Liste von Ex-Freunden, die heutzutage wieder ins Lager des Westens gezählt werden. Ägypten. Dieses Land hat 1972 die russischen Berater hinausgeworfen, um einen Krieg mit Israel zu beginnen, hat den Friedensnobelpreis erhalten und erfreut sich amerikanischer Lebensmittel- und Waffenhilfe. Irak. Diese Nation zählte bis zum Krieg mit Iran zur russischen Einflußsphäre, obwohl Mercedes und MAN schon damals nicht schlecht im Geschäft waren. Inzwischen ist sie von der US-Liste der "Staatsterroristen" gestrichen und bezieht wie zuvor Waffen aus allen imperialistischen Ländern sowie aus der Sowjetunion.

Die Stützen des Westens scheinen etwas zuverlässiger zu sein. Israel macht sein ausgreifendes "Sicherheitsinteresse" zwischen Bagdad und Tripolis zu einem sicheren Vorposten freiheitlichen Ordnungsstiftens. Daß die Israelis mit den Palästinensern nicht ganz fein verfahren und die USA in der Region auch noch andere Freunde pflegen, nehmen sich beide Seiten offensichtlich nicht übel. Saudi-Arabien und die übrigen Golf-Emirate liefern brav ihr Öl ab und wissen, daß sie ihre eingenommenen Öldollars allein im esten "recyclen" können. Nur manchmal sind sie der Meinung, daß ihnen mehr US-Waffen gut anstünden, überwinden ihre antikommunistischen Gefühle und probieren es einmal mit guten Beziehungen zum Kreml. Selbst Ägypten läßt es sich wieder gefallen, daß die alten Fabriken und Waffen, die die Sowjetunion unter Nasser ins Land brachte, vom Erzeuger überholt und rehabilitiert werden. Der Iran wiederum war einmal der wichtigste westliche Horchposten gegen die Sowjetunion und auch sonst nicht schlecht ausgestattet. Bei der Ausgestaltung seiner Macht hat der Schah es jedoch versäumt, sich um die Moral seines Volkes zu kümmern, und feststellen müssen, daß diese auch eine Macht ist. Deswegen ist der schiitische Klerus aber auch nicht zum Kommunismus übergelaufen. Er hat sich um die Liquidierung der KP-Anhänger im Land verdient gemacht, andererseits aber auch die Zusammenarbeit mit der SU gepflegt, so er sich etwas davon versprach.

Eine ausgeglichene Bilanz der Weltmächte? Oder was?

5

10

15

20

25

30

35

"Unsere Interessen " vs. sowjetischer "Einfluß"

Im Nahen Osten geht es um "unser Öl". "Wir sind erpreßbar", und haben deshalb in der Region "vitale Interessen zu verteidigen". Daß sich dieses "Sicherheitsbedürfnis" gegen finstere Machenschaften der Sowjetunion richtet, versteht sich von selbst.

Nur - wo kommt die SU dem Westen überhaupt in die Quere, so daß er gleich eine ganze Region einschließlich des Staatenmaterials zu seiner Sicherheitszone erklärt?

5

10

15

20

25

30

35

40

Konkurrent auf dem wirtschaftlichen Feld ist die UdSSR nicht. Das Öl fließt ziemlich ausschließlich in die westlichen Industrieländer. Zwar gibt es von der UdSSR Bestrebungen, mit den Staaten des Nahen Ostens Wirtschaftskontakte zu knüpfen und einen wechselseitigen Handel einzurichten, worunter dann auch Öllieferungen fallen. Die entsprechenden

(Geheimdienst-)Spekulationen, die UdSSR stelle sich damit langfristig auf eine Ölknappheit im eigenen Land ein, gehören allerdings unter die psychologische Kategorie der Projektion. Mit irgendetwas will sich auch die SU ihre Warenlieferungen, Waffen oder Kredite bezahlen bzw. abgelten lassen. Darüber hinaus schweben ihr dauerhafte wirtschaftliche Beziehungen vor, die die Partnerländer an ein gemeinsames ökonomisches Interesse binden. Das alles sind ziemlich unschuldige Veranstaltungen, verglichen mit "unserem" Ölbedarf. Mit diesen Geschäften hat die SU noch nicht einmal marginal den Ölpreis beeinflußt.

Für die kaptitalistischen Nationen ist Öl kein "Handelsartikel", sondern ein Rohstoff für ihre Volkswirtschaft. Die damit ausgesprochene *Drohung*, wir seien *abhängig*, ist oberdeutlich. Die "Beziehung", die sich daraus zu den betroffenen Nationen ergibt, in denen der Treibstoff unserer Reichtumsvermehrung unter der Erde entdeckt wurde, ist daher mit einer handelsmäßigen Charakterisierung als "wechselseitiger Nutzen" auch nicht ganz passend beschrieben.

Die Staaten, auf deren Grund und Boden es gefördert wird, erhalten für das abtransportierte Öl einen Preis. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob die "Scheichs" uns diesen Preis diktieren; zu der Zeit nämlich, als die westliche Geschäftswelt durch die Bank bereit war, auch mit gestiegenen Rohstoffkosten ihre Unternehmen weiterzuführen, weil sie sich einen Gewinn davon versprachen. Weltwirtschaftlich gesehen hat die Erhöhung des Ölpreises zur Erschließung jeder Menge neuer Ölquellen als auch alternativer Energieträger geführt, so daß es inzwischen wieder offensichtlich ist, daß beim Öl die Abnehmer den Markt bestimmen. Die Weltmarktpreise sind um einiges gesunken.

Was diese Staaten mit dem Geld aus den Ölverkäufen anstellen, hat bei dieser Transaktion nicht interessiert. Sobald sie mit ihren Öleinkommen nationale Projekte in Angriff nahmen, war ohnehin klar, daß die Dollarmilliarden dahin zurückfließen, woher sie gekommen waren.

So gibt es "low absorbers" - Staaten mit wenig Bevölkerung -, die ihren verdienten Reichtum an den Finanzplätzen der Welt investierten. Moskau kam für diese Operation naturgemäß nicht in Betracht. Auf diese Weise waren die kostbaren Dollars, Pfunde und später auch D-Marks nicht aus der Welt, und Banken und Unternehmen konnten weiterhin mit ihnen Geschäfte machen.

Auch die Produktion von Luxusgütern erhielt wertvolle Impulse. Die "high absorbers" Staaten mit Bevölkerung - dagegen verfügten nicht nur über eine Palastgarde, sondern über ein eigenes Militär, das für die Nation größere Aufgaben entdeckte, als bloß einen Klüngel von Reichen zu schützen. Für sie stellen die Gelder aus dem Ölgeschäft notwendige Staatseinnahmen dar. Damit

ist aber auch ihre Abhängigkeit von diesem Geschäft perfekt; nicht "wir" sind "erpreßbar", sondern der Rohstofflieferant ist es, weil es genügend Anbieter wie ihn gibt, die ihren Haushalt über vermehrte Förderung steigern können.

5

10

15

20

25

30

35

40

Die Sowjetunion bleibt bei diesem äußerst stabilen wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zunächst einmal außen vor. Und zwar aus zwei Gründen. Einmal stellt sie gar keinen Markt für diesen Rohstoff dar; sie hat selber genug von dem Zeug und ihren Laden auch anders organisiert. Zum anderen produziert ihre Wirtschaft nicht für den Export in alle Welt, wo sich gerade eine zahlungsfähige Nachfrage auftut. Das liegt wiederum nicht an der "Schwerfälligkeit" ihres Planes, sondern an anderen Zielsetzungen. Ein Stahlwerk oder eine Aluminiumfabrik kann man auch von der SU haben, nur tritt ihre Volkswirtschaft gar nicht an, Coca Cola mit Kefir in der Oase Palmira Konkurrenz machen zu wollen. Die SU betrachtet eben auch nicht diese Staaten als Markt, den es zu erobern gelte. Aber selbst wenn diese einmal Interesse am russischen "know how" haben, sorgen die Eigentümlichkeiten des blgeschäfts dafür, daß die Freiheit der Wahl doch etwas eingeschränkt ist. Geschäfte "auf Gegenseitigkeit" zwischen Rohstoffproduzenten und verarbeitender Industrienation auf Basis eines Überangebots koppelt die Abnahme von Öl an einen Auftrag in der anderen Richtung.

Ökonomisch sind diese Staaten durch ihre Abhängigkeit uom Weltmarkt bestimmt. Bei einigen Staaten gesellen sich zum Öl noch ein paar andere Rohstoffe, Baumwolle in Syrien und Ägypten z.B., bei denen sich die gleiche Abhängigkeit wiederholt. Für jeden aufrechten Nationalisten in diesen Staaten war es daher klar, daß es aus der eigenen Nation mehr zu machen gelte. Wie man an den entsprechenden Projekten heute sieht, hätte es die Russen dafür nicht gebraucht. Staudämme werden auch im Westen gebaut. Aber wie die Geschichte so spielt, ist die Sowjetunion auch wieder nicht ganz zufällig ins Geschäft gekommen. Entsprechend den tatsächlichen Machtverhältnissen haben die Staaten, die am längeren Hebel saßen, nie darauf verzichtet, die bestehende Abhängigkeit der Rohstoffländer als Erpressungsmittel einzusetzen. Ölembargo gegen Libyen, Handelsembargo gegen Iran, die amerikanischen Drohungen seinerzeit gegen Nasser, Ägyptens Baumwollexport zu ruinieren und die Rückziehung der für den Bau des Assuan-Hochdammes bereits zugesagten Gelder sind Erpressungsmaßnahmen gegen die betreffenden Länder, die diese sich nicht gefallen lassen wollten. Für die Nah-Ost-Staaten war dies die Gelegenheit, sich von der Sowjetunion Staudämme finanzieren zu lassen, Aufbauhilfe zu holen oder auch nur den iranischen Warentransport über die transsibirische Eisenbahn abwickeln zu lassen.

Bei all diesen Staaten hat es die UdSSR mit erklärten Antikommunisten zu tun. Nichts lag diesen Regierungen ferner, als aus ihrer Bevölkerung einen kommunistischen Haufen zu machen "Arabischer Sozialismus" betitelten sich die jeweiligen nationalen Aufbauprogramme, von denen die SU immer feststellen mußte, daß sie von ihren eigenen Vorstellungen über den Aufbau des Sozialismus ziemlich weit entfernt waren. "Vergesellschaftung erst im Verteilungsbereich, noch nicht in der Produktion", lautete die höfliche Diagnose des Sachverhalts, daß der Koran anscheinend die Organisation der Landwirtschaft in Kleinbauern mit einem dazugehörigen Genossenschaftswesen vorschreibt, das jeder Beobachter weniger höflich einfach als unproduktiv

Genossenschaftswesen vorschreibt, das jeder Beobachter weniger höflich einfach als unproduktiv bezeichnet. Staatlich festgelegte Anbauvorschriften, Produktpreise etc., womöglich noch durch ein eigens dafür zuständiges Planungsministerium, das obendrein 5-Jahres-Pläne unter Anleitung

sowjetischer Berater herausgibt, sind aber weniger der Beweis, daß die Nation sich auf der Etappe zur sozialistischen Produktionsweise befindet, sondern mit welchen Schwierigkeiten die Regierungen im Verhältnis zum Weltmarkt zu kämpfen haben. Ein Staudamm am Nil oder Euphrat kann noch so schön, zweckmäßig und "gesellschaftlich" sein, wie mit seinem Wasser dann Landwirtschaft getrieben wird, entscheidet sich daran nicht. So zeichnet die UdSSR auch noch für verschiedene andere industrielle Projekte in der Region verantwortlich, da die arabischen Nationen eine Zeitlang mit dem politischen auch den ökonomischen Kredit verloren hatten. Lediglich unter den politischen Vorzeichen der Freundschaft mit der Sowjetunion erscheint mancher Institution als typisch realsozialistisch, die jedoch einem Geschäftsinteresse, wird es an der einen oder anderen Stelle wirklich geltend gemacht - und nicht nur in der ideellen Beurteilung, was alles in einem Land freiem Unternehmertum nicht entspricht -, nicht entgegensteht.

5

10

15

20

25

30

35

Zu größerer "*Unabhängigkeit*" vom Weltmarkt und seinen Mechanismen haben die von der SU initiierten Projekte offensichtlich auch nicht beigetragen. Sie passen in den Rahmen der jeweiligen Industrialisierungsprojekte, mit denen sich Nationen eine bessere Ausgangsbedingung für die Teilnahme am internationalen Geschäft verschaffen wollen. Wenn ein Stahlwerk von der SU hochgezogen wird, ist es eben überhaupt kein Einspruch gegen die Gesetze des Weltmarkts, der im übrigen auch seine politischen Bedingungen hat, sondern verschafft den involvierten Nationen des Nahen Ostens allenfalls eine Erleichterung im Bestreben, an ihm teilnehmen zu wollen. Und rein wirtschaftlich betrachtet, nimmt sich da manches Geschäft günstiger aus als die Fähigkeit, im Land selbst Stahl zu sieden.

Was die UdSSR davon hat, wenn sie in westliche Entwicklungsprojekte einsteigt, ist die politische Tat, die Erpressung von Rohstoffländern durch die westlichen Nationen ein wenig durchbrochen zu haben. Daß daraus keine dauerhafte Freundschaft und Zusammenarbeit wurde, hat gute Gründe. Einerseits mußten sich die Russen mit ihrem Angebot zu intensiveren Beziehungen mit den nach wie vor interessanten Offerten des Westens messen. Andererseits standen den westlichen Interessenten in den längst etablierten Beziehungen wirksame Mittel zur Verfügung, ihre Rohstofflieferanten und Absatzmärkte überzeugend zu sichern.

So sehr die Sowjetunion auch mit diesem Engagement gescheitert ist - der Westen hat es allemal als erhebliche Störung seiner Rechte in dieser Region empfunden.

Kampf qem "Staatsterrorismus " vs. die Rechte arabischer Nationen

Stiftet die UdSSR im Nahen Osten Unfrieden? Dieser Einruck wird ja gerne in der Öffentlichkeit des Westens erzeugt.

Eines ist natürlich richtig. Sowjetische Waffen gibt es in der Region jede Menge. Aber, was soll man dagegen einwenden, wenn's für die richtige Sache ist: Die Aufpasser für eine freiheitliche Weltordnung jedenfalls kennen keine moralischen Skrupel, wenn es um *ihren* guten Zweck geht. So ist auch dieser Abschnitt des Globus nicht arm an freiheitlichem Kriegsgerät. Und wie überall auf der Welt fangen auch dort die Kanonen nicht von selbst zu schießen an, sondern sind ein gar nicht anderes Mittel der Politik.

Wenn im Nahen Osten sowjetische Waffen bekämpft werden, liegt das daran, daß die heimischen Staaten Probleme kennen, für die Gewalt die passende Lösung ist. Z.B. hatten verschiedene arabische Nationen einen Einwand gegen die Existenz eines Staates Israel auf ihrem "historisch angestammten Boden"; zumindest hatte sich dieser Stamm längere Zeit nicht mit Ansprüchen auf einen eigenen Staat zu Wort gemeldet. Im Verlauf der Auseinandersetzungen, die die Geburt einer neuen Nation begleiten, stellte sich für die umliegenden Staaten heraus, daß sie sich gegen den "tapferen kleinen David" ihrerseits verteidigen und Gebietsverluste hinnehmen mußten. Darüber hinaus mußten sie erkennen, daß den Ländern des Westens doch erheblich an einem Staat Israel gelegen war. So verfielen sie auf einen Hilfeantrag an die Sowjetunion, dem entsprochen wurde.

5

20

25

30

35

40

In eine Sache, die irgendwie mit Kommunismus zu tun hat, ist die UdSSR da nicht eingestiegen. Ganz recht war ihr das nationale Projekt, das sie förderte, schließlich auch nicht. Immerhin hatte auch sie die Gründung Israels befürwortet und drängte auf eine "politische Lösung" des Konflikts; dieser mangelnde Kriegswille wurde ihr als Verrat an der arabischen Sache angekreidet. Die SU hat auch in diesem Fall ihr massives Eingreifen als Hebel verstanden, auf eine gerechte Beilegung des Konflikts hinzuwirken.

Auch um die "Befreiung unterdrückter Völker" geht es im Nahen Osten nicht. Zwar kann man jeden Tag in der Zeitung nachlesen, wie Israel mit den Palästinensern inner- und außerhalb der von ihm besetzten Gebiete verfährt. Sooft sich die Anrainer aber um die vertriebenen und geflohenen Nicht-Juden aus Palästina "gekümmert" haben, passierte das immer unter dem Gesichtspunkt, wie sie sie als Position gegen einen Staat Israel in Anschlag bringen können. Rund um Israel wurden die entsprechenden Flüchtlingslager aufgemacht und aufrechterhalten und, wenn es der nationalen Sicherheit diente, niedergemacht, wie z.B. im "Schwarzen September" in Jordanien. Und wenn sich eine politische Vertretung für irgendeine Sorte Autonomieregelung im Gaza-Streifen und Westjordanien in Gestalt der PLO etabliert, ist das auch nicht um der Leute willen, die sich wegen des Terrors des israelischen Staats Sorgen machen müssen, sondern wegen des Kalküls darauf, wie eine Regelung zwischen den Staaten aussehen könnte - unabhängig davon, ob sie tatsächlich einmal durchgesetzt wird.

Staaten sind hier zu Anti-Imperialisten geworden darüber, daß die Aufsichtsmächte mit ihnen nicht so verfahren sind, wie sie sich das vorgestellt haben. Bei der Entlassung aus dem Kolonialstatus hatten England und Frankreich darauf bestanden, die Landkarte in lauter kleine Fleckchen einzuteilen, die für sich keine Macht, dafür aber jede Menge Streit ergeben. Deshalb gibt es sowohl das Ideal des Zusammenschlusses zu einer gesamtarabischen Nation als auch das beständige Scheitern der betreffe den Projekte, wenn sich die Lokalmannschaft darauf besinnt, daß sie schließlich über eigene Grenzen verfügt. Den Verlust der Golan-Höhen will Syrien ja nicht wettmachen, weil ihm das Landwirtschaftsgebiet abgeht.

In diesem inner-imperialistischen Hick-Hack hat die Sowjetunion Fuß gefaßt. Überall da, wo Staaten aneinandergeraten sind, hat sich für sie ein Ansatzpunkt ergeben, mit ins Spiel zu kommen. Allerdings hat sie dann auch nur diesen Streit bedient. Ihren Freunden vor Ort, die es wegen des enttäuschten Entwicklungsideals dieser Nationen immer gibt, hat das regelmäßig geschadet, da deren Teilnahme an der Politik als Gefahr der Unterwanderung von außen beurteilt wurde. Und weil die UdSSR nie so konsequent als Ordnungsmacht Einmischung betreibt und ihre

Vorstellungen von Gerechtigkeit in benachbarten Staaten durchsetzt, sind auch ihre Vorstöße für Minderheiten und unterdrückte Volksgruppen nie wirkungsvoll gewesen - wie z.B. im Fall der Kurden.

Und die russischen Waffen, die den abhängigen Nationen zu echter Unabhängigkeit verhelfen sollten, fanden schließlich doch nur eine Verwendung im Rahmen der Abhängigkeiten, mit denen sich die Nationalisten vor Ort arrangierten. Die militärischen Hilfsmittel erwiesen sich als ziemlich untauglich, für die Überwindung imperialistischer Ungerechtigkeiten.

Umgekehrt bekämpfen die USA im Nahen Osten "Staatsterrorismus" in Gestalt von Libyen und Syrien, und nicht einmal ein Politbüromitglied im Kreml kann übersehen, daß die Sowjetunion und ihr Einfluß gemeint ist. Verboten und verhindert wird die Freiheit solcher Staaten, sich mit Hilfe der SU einen Aktionsspielraum zu schaffen, den ihr der imperialistische Verein der Kontrollmächte nicht zugesteht. Gemeint ist ein Weltfrieden ohne Sowjetunion.

Eine Zone"strategischen Konsenses" vs. Zone des Friedens

5

10

40

- Israel hat sich eine für den Westen unentbehrliche Funktion erkämpft. Es stutzt alle Machtansprüche der arabischen Staaten gemäß seinem "Sicherheitsinteresse" zurecht. Ob es sich um eine Kernforschungsanlage im Irak oder ein PLO-Büro in Tunis handelt, um die Stellungen syrischer Abwehrraketen im Libanon oder die letzten Lager der Palästinenser dort, die einen staatlichen Anspruch begründen könnten, stets bombt und schießt der israelische Staat im Dienste seiner "Verteidigung" und wird dafür von den zahlungskräftigeren Nationen des Westens finanziell und mit Waffen unterstützt. So geht die Existenz dieser Nation ganz im Dienst für die Sache der Freiheit auf. Friedenszeiten sind für sie schlechte Zeiten. Dieser Staat sieht in einem befriedeten Nahen Osten, in dem Versöhnung und Verständigung einreißen, eine Gefährdung der Grundlage seiner staatlichen Existenz.
- Die Rechnung mit der Gewalt zahlt sich für den Westen aus. Einerseits bildet Israel den Stein arabischen Anstoßes und damit den Grund, sich an die Sowjetunion um Unterstützung zu wenden. Dafür mußten diese Staaten in ihrem Kampf gegen Israel erkennen, daß sie damit gegen die USA selbst stehen und in ihrem Bestreben um nationalen Erfolg an dieser Weltmacht nicht vorbeikommen. So wandte sich Ägypten, nachdem ihm die SU zwar Schutz vor israelischen Übergriffen bot, nicht aber die imperialistische Alternative, sich in einem Krieg die Sinai-Wüste zurückzuerobern, an die USA als obersten israelischen Dienstherren. Und die USA nutzten die Gelegenheit, sich als mäßigender Schutzherr gegen den eigenen Schlägertrupp einzuführen. Seither werden im Nahen Osten von den USA ein Friede nach dem anderen "vermittelt". Israel muß es sich gefallen lassen, daß es Konkurrenten um amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe gibt. Die exklusive Stellung in der Kalkulation des Westens hat es damit nicht verloren. Immerhin harren noch einige "Probleme" der "Lösung".

Auf diese Weise ist die Blockbildung gegen die UdSSR wieder vorangekommen, gegen die diese angetreten war. Ihr Bestreben, *Einfluß* in den diversen Nationen zu bekommen, richtet sich gegen den *Monopola*nspruch des Westens, der in allen Formulierungen und Aktionen zum Ausdruck kommt. Sie tritt an, die Einheitsfront gegen sie, die der Westen zu schmieden bestrebt ist - vom damaligen Bagdad-Pakt bis zur heutigen "Friedensmission" mit verteilten Rollen -, zu

durchbrechen. Damit ist ihr Konzept aber auch nur negativ gegen die strategischen Pläne der vereinigten Westler. Ihre Freundschaften sind laufend Notgemeinschaften, in die der Westen die betreffenden Nationen getrieben hat. Ebenso unzuverlässig sind dann die Partner, weil die praktischen Fragen von den kapitalistischen Staaten diktiert werden. Die Vorstellung der SU von einer gemeinsamen weltpolitischen Regelung der Region, eine "Zone des Friedens" solle entstehen, für die irgendwelche UNO-Resolutionen Nr. sowieso die Grundlage bilden sollen, werden von der Gegenseite - der zuständigen - abschlägig beschieden. Wofür braucht man für eine "Friedensregelung" denn die UdSSR? Die soll doch gerade draußen gehalten werden.

Eine *bleibende Alternative* für die z u *kurz gekommenen* Natioalismen stellt die Sowjetunion allerdings dar. Das geht aber nicht zum Nulltarif. Als Weltfriedensmacht muß auch sie antreten und aus ihrem strategischen Interesse heraus, sich nicht von einer imperialistischen Region einzingeln zu lassen, kennt sie eine Interventionsschwelle. Weil eben die Frage, ob Syrien die Ordnungsmacht im Libanon sein darf, oder ob Israel dort Sicherheitsinteressen hat, wie im Libanonfeldzug geltend gemacht, nicht einfach eine Frage zwischen Nachbarn ist, sondern die weltpolitische Bedeutung hat, daß die USA einen Angriff auf einen sowjetischen Verbündeten gutheißen und ausstatten, haben die beiden Kriegsverbündeten USA und Israel das damalige Ultimatum an Syrien, den Libanon zu verlassen, ohne Konsequenzen verstreichen lassen...